

**Niederschrift  
über die 18. Sitzung des Kreistages am 29. September 2008**

I.: Ort: Landratsamt Pasewalk, Kürassierkaserne, Haus 3  
 Datum: 29.09.2008  
 Beginn: 14:00 Uhr  
 Ende: 16:15 Uhr

II.: Von den 46 Mitgliedern des Kreistages nehmen 37 an der 18. Sitzung des Kreistages teil.  
 Die Teilnahme der Mitglieder des Kreistages an den einzelnen Tagesordnungspunkten während der Sitzung ist unterschiedlich.

Anwesend sind:

Ammon, Michael	Pinzke, Denis (bis TOP 18)
Dr. Blohm, Helmut	Poch, Ulrich
Brauchler, Roland	Radant, Frank
Drechsler, Irmhild	Raulin, Norbert
Erinski, Alexander (ab Mitte TOP 5)	Reim, Thomas
Friese, Norbert	Röhl, Jürgen
Grams, Friedbert	Roloff, Rudi
Haack, Norbert (bis TOP 11)	Samuel, Edith
Horn, Joachim	Dr. Sander, Horst
Jürgens, Gesine	Stegemann, Günter (ab Mitte TOP 5)
Kiel, Gerhard	Texter, Andreas
Kowalski, Dietmar	Thiede, Christel
Koschnitzki, Jutta (ab Mitte TOP 5)	Tornow, Peter
Krins, Matthias	Verchow, Cornelia
Leu, Franz	Wagner, Günter
Lunow, Rainer	Werner, Doris
Meistring, Lothar	Wittkopf, Lydia
Obst, Anneliese	Zibell, Antje (ab Mitte TOP 5)
Peeger, Marlies (ab TOP 3)	

Folgende Mitglieder des Kreistages nehmen an der Sitzung nicht teil:

Herr Gerhard Bauer	- entschuldigt	Herr Ralf Gottschalk	- entschuldigt
Herr Dieter Heder	- entschuldigt	Herr Dr. Ulrich Irlé	- unentschuldigt
Frau M.-Th. Odendall	- entschuldigt	Herr Dr. Schendel	- entschuldigt
Frau Beate Schlupp	- entschuldigt	Dr. Alfred Seidel	- unentschuldigt
Herr Andreas Texter	- entschuldigt		

### **III. Tagesordnung**

Die Einladung zur 18. Sitzung des Kreistages ist den Mitgliedern des Kreistages ordnungsgemäß zugegangen.

Herr Dr. Sander informiert, dass am 24.09.2008 dem Kreiswahlleiter eine Mandatsrückgabe angezeigt wurde. Das Nachrücken konnte sehr kurzfristig festgestellt werden. Um die Arbeitsfähigkeit der Ausschüsse zu erhalten, soll deshalb Punkt 6 d „Personelle Besetzung im Rechnungsprüfungsausschuss“ aufgenommen werden.

Einstimmig wird der Erweiterung des TOP 6 zugestimmt.

Folgende Tagesordnung wird einstimmig angenommen:

#### **Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit sowie Annahme der Tagesordnung
2. Nachrücken und Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes
3. Bestätigung der Niederschrift der 17. Sitzung des Kreistages vom 17.03.2008
4. Einwohnerfragestunde
5. Mitteilungen des Landrates
6. Personelle Besetzung in Ausschüssen des Kreistages
  - a) Kreisausschuss
  - b) Ausschuss für Umwelt und Ordnungsangelegenheiten
  - c) Ausschuss für Gesundheit und Soziales
  - d) Rechnungsprüfungsausschuss
7. Personelle Besetzung im Verwaltungsrat der Sparkasse Uecker-Randow
8. Wahl eines Vertreters des Landkreises Uecker-Randow in die Mitgliederversammlung und den Schul- und Kulturausschuss des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern
9. Bericht des Seniorenbeirates
10. Zusammensetzung des Seniorenbeirates des Landkreises Uecker-Randow
11. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 des Landkreises Uecker-Randow
12. Förderung des Landkreises Uecker-Randow zum Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“

13. Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse
14. Sanierung Gymnasium Löcknitz, Gebäude B
15. Ausbau der Kreisstraße UR 20 zwischen Schwennenz und Ladenthin
16. Wahl eines Wahlleiters zur Kreistagswahl 2009
17. Ermächtigung zur Führung von Verkaufsverhandlungen für die Betriebshöfe in Pasewalk und Strasburg der VGU mbH
18. Anfragen der Kreistagsmitglieder

### **Nichtöffentlicher Teil**

19. Abschluss eines Verkehrsleistungs- und Finanzierungsvertrages (Verkehrsvertrag)
20. Vergabe von Leistungen der gesonderten Schülerbeförderung

### **TOP 2: Nachrücken und Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes**

Herr Rudi Otterstein, Die Linke., ist aus dem Landkreis verzogen und hat infolge dessen sein Mandat niederlegt.

Durch den Kreiswahlleiter wurde festgestellt, dass von der Liste des Wahlvorschlages Die Linke. im Wahlbereich I Frau Lydia Wittkopf das Mandat angenommen hat und damit Mitglied im Kreistag Uecker-Randow wurde.

Des Weiteren hat Herr Dieter Orwat, CDU, sein Mandat niedergelegt. Durch den Kreiswahlleiter wurde festgestellt, dass von der Liste des Wahlvorschlages CDU im Wahlbereich III Herr Thomas Reim das Mandat angenommen hat und damit Mitglied im Kreistag Uecker-Randow wurde.

Frau Wittkopf und Herr Reim werden durch den Kreistagspräsidenten durch folgenden Text mit Handschlag verpflichtet:

*Ich verpflichte Sie zur gesetzlichen Ausübung Ihres Amtes und gewissenhaften Erfüllung Ihrer Pflichten zum Wohle des Landkreises Uecker-Randow. Ich weise Sie insbesondere auf Ihre Verschwiegenheits- und Treuepflicht hin.*

Herr Dr. Sander gibt bekannt, dass Herr Dennis Gutgesell mit seinem Dienstantritt als Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Landrates am 18.03.2008 sein Mandat als Mitglied des Kreistages niedergelegt hat.

Durch den Kreiswahlleiter wurde festgestellt, dass die Liste des Wahlvorschlagträgers „Für Uecker-Randow“ erschöpft ist und der Sitz im Kreistag unbesetzt bleibt. Das bedeutet, wenn die Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern bei Beschlussfassungen einen Anteil aller Kreistagsmitglieder vorsieht, so berechnet sich dieser nach der gesetzlichen Zahl der Kreistagsmitglieder, vermindert um die in der laufenden Wahlperiode nicht wieder besetzbaren Mandate (§ 109 Abs. 1 Satz 4 KV M-V) Die gesetzliche Zahl der Mitglieder des Kreistages Uecker-Randow beträgt dann 46 statt bisher 47.

**TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 17. Sitzung des Kreistages vom 17.03.2008**

Anträge zur Niederschrift liegen nicht vor. Die Niederschrift der 17. Sitzung des Kreistages vom 17.03.2008 wird bei zwei Stimmenthaltungen mehrheitlich bestätigt.

**TOP 4: Einwohnerfragestunde**

Von den anwesenden Einwohnern werden keine Anfragen gestellt, die Einwohnerfragestunde wird geschlossen.

**TOP 5: Mitteilungen des Landrates**

Mitteilungen des Landrates, Herr Dr. Böhning – siehe Anlage 1.

**TOP 6: Personelle Besetzung in Ausschüssen des Kreistages**

- a) Kreisausschuss
- b) Ausschuss für Umwelt und Ordnungsangelegenheiten
- c) Ausschuss für Gesundheit und Soziales
- d) Rechnungsprüfungsausschuss

**zu a) Kreisausschuss**

Nach der Mandatsrückgabe von Herrn Dennis Gutgesell ist sein Platz als stellvertretendes Mitglied im Kreisausschuss für Herrn Dr. Schendel neu zu besetzen.

Vorschlagsrecht und Wahlverfahren für die Neubesetzung des frei gewordenen Platzes richten sich nach § 110 Abs. 1 und 2 KV M-V. Diese Norm gilt auch für die Besetzung der weiteren Plätze in diesem Tagesordnungspunkt.

Für die Besetzung des Platzes als stellvertretendes Mitglied im Kreisausschuss wird Frau Cornelia Verchow vorgeschlagen.

Abstimmung:	dafür:	37
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Frau Verchow einstimmig als stellvertretendes Mitglied für Herrn Dr. Schendel in den Kreisausschuss gewählt.

Wegen der Mandatsrückgabe von Herrn Otterstein ist dieser Platz im Kreisausschuss ebenfalls neu zu besetzen. Für die Besetzung dieses Platzes ist Frau Doris Werner vorgeschlagen.

Abstimmung:	dafür:	37
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Frau Werner einstimmig als Mitglied in den Kreisausschuss gewählt.

Wegen der Mandatsrückgabe von Herrn Orwat ist sein Platz als Stellvertreter für Herrn Krins im Kreisausschuss neu zu besetzen. Für die Besetzung dieses Platzes ist Herr Thomas Reim vorgeschlagen.

Abstimmung:	dafür:	37
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Herr Reim einstimmig als stellvertretendes Mitglied für Herrn Krins in den Kreisausschuss gewählt.

Die Wahl von Frau Verchow, Frau Werner und Herrn Reim erhält die **Beschluss-Nr. 1/6/04 – 4. Änderung**.

#### **zu b) Ausschuss für Umwelt und Ordnungsangelegenheiten**

In diesem Ausschuss ist durch das Ausscheiden von Herrn Dennis Gutgesell der frei gewordene Platz neu zu besetzen. Für die Besetzung dieses Platzes wird Herr Dr. Helmut Blohm vorgeschlagen.

Abstimmung:	dafür:	37
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Herr Dr. Blohm einstimmig in den Ausschuss für Umwelt und Ordnungsangelegenheiten gewählt.

Die Wahl von Herrn Dr. Helmut Blohm erhält die **Beschluss-Nr. 1/10/04 – 5. Änderung**.

Herr Dr. Sander weist darauf hin, dass mit der Mandatsannahme von Herrn Reim die Grundlage zur Wahl als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Umwelt und Ordnungsangelegenheiten entfällt und er in diesem Ausschuss als sachkundiger Einwohner nicht mehr mitwirken kann.

Die Nachwahl eines sachkundigen Einwohners erfolgt auf der nächsten Sitzung des Kreistages.

### zu c) Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Frau Sylke Juncker-Berndt, sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Gesundheit und Soziales, hat schriftlich mitgeteilt, dass sie aus beruflichen Gründen ihre Mitarbeit im Ausschuss beenden muss. Für die Besetzung dieses Platzes wird Herr Werner Mengel vorgeschlagen.

Abstimmung:	dafür:	37
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Herr Mengel einstimmig in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales gewählt.

Die **Beschluss-Nr.** zur Wahl von Herrn Mengel in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales lautet **1/9/04 – 3. Änderung**.

### zu d) Rechnungsprüfungsausschuss

Wegen der Mandatsrückgabe von Herrn Orwat ist sein Platz als Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss neu zu besetzen. Für die Besetzung dieses Platzes ist Herr Thomas Reim vorgeschlagen.

Abstimmung:	dafür:	37
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Herr Reim einstimmig als Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss gewählt.

Die Wahl von Herrn Reim in den Rechnungsprüfungsausschuss erhält die **Beschluss-Nr. 1/8/04 – 3. Änderung**.

**TOP 7: Personelle Besetzung im Verwaltungsrat der Sparkasse Uecker-Randow**

Wegen der Mandatsrückgabe von Herrn Dennis Gutgesell ist im Verwaltungsrat der Sparkasse ein Platz neu zu besetzen. Für die Besetzung dieses Platzes wird Herr Ralf Gottschalk vorgeschlagen.

Abstimmung:	dafür:	37
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Herr Gottschalk einstimmig in den Verwaltungsrat der Sparkasse Uecker-Randow gewählt.

Die Wahl von Herrn Gottschalk erhält die **Beschluss-Nr. 1/18/04 – 3. Änderung**.

**TOP 8: Wahl eines Vertreters des Landkreises Uecker-Randow in die Mitgliederversammlung, den Schul- und Kulturausschuss sowie Finanzausschuss des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern**

In der **Mitgliederversammlung des Landkreistages** ist der wegen der Mandatsrückgabe von Herrn Dennis Gutgesell frei gewordene Platz des Stellvertreters für Herrn Bauer zu besetzen. Für die Besetzung dieses Platzes wird Herr Günter Stegemann vorgeschlagen.

Abstimmung:	dafür:	37
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Herr Stegemann einstimmig als Stellvertreter für Herrn Bauer in die Mitgliederversammlung des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern gewählt.

Die Wahl von Herrn Stegemann erhält die **Beschluss-Nr. 1/16/04 – 2. Änderung**.

Im **Schul- und Kulturausschuss des Landkreistages** ist sowohl der Platz des Mitgliedes als auch der Platz des Stellvertreters neu zu besetzen.

Mitglied in diesem Ausschuss war Herr Dennis Gutgesell, sein Stellvertreter war Herr Günter Müggenburg. Beide legten ihr Mandat nieder.

Als Mitglied im Schul- und Kulturausschuss des Landkreistages wird Frau Cornelia Verchow vorgeschlagen.

Abstimmung:	dafür:	37
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Frau Verchow einstimmig als Mitglied in den Schul- und Kulturausschuss des Landkreistages gewählt.

Als stellvertretendes Mitglied im Schul- und Kulturausschuss des Landkreistages wird Frau Edith Samuel vorgeschlagen.

Abstimmung:	dafür:	37
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Frau Samuel einstimmig als stellvertretendes Mitglied in den Schul- und Kulturausschuss des Landkreistages gewählt.

Die Wahl von Frau Verchow und Frau Samuel erhält die **Beschluss-Nr. 1/17/04 – 3. Änderung.**

#### **TOP 9: Bericht des Seniorenbeirates**

Bericht der Vorsitzenden des Seniorenbeirates, Frau Engelke - siehe Anlage 2

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

#### **TOP 10: Zusammensetzung des Seniorenbeirates des Landkreises Uecker-Randow**

Herr Ammon beantragt zu Beginn des Tagesordnungspunktes eine Auszeit.

Danach wird folgender Beschlussvorschlag zur Abstimmung gebracht:

**Der Kreistag möge die personelle Änderungen des Seniorenbeirates im Landkreis Uecker-Randow beschließen.**

Abstimmung:	dafür:	36
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	1

Damit sind die personellen Änderungen im Seniorenbeirat mehrheitlich bestätigt.

Die **Beschluss-Nr.** lautet **6/64/05 – 1. Änderung.**

## **TOP 11: Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 des Landkreises Uecker-Randow**

### **Herr Dr. Böhning**

Sehr geehrter Herr Kreistagspräsident, meine sehr geehrten Kreistagsmitglieder, sehr geehrte Gäste,

Ihnen liegt heute die Nachtragshaushaltssatzung 2008 zur Diskussion und Beschlussfassung vor.

Die vom Kreistag am 17. März 2008 beschlossene Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 einschließlich der dazugehörigen Anlagen wurde vom Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern geprüft. Dazu sind Entscheidungen getroffen worden, die von der Verwaltung umzusetzen sind.

Entsprechend der rechtsaufsichtlichen Anordnung hat der Kreistag bis spätestens 15. November 2008 einen Beschluss zu einer Nachtragshaushaltssatzung 2008 zu fassen.

Gegenüber dem Ursprungsplan ist der Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt um mindestens 3,5 Mio. EUR zu senken. Des Weiteren ist mit der Veröffentlichung der Haushaltssatzung eine haushaltswirtschaftliche Sperre zu verfügen. Das beschlossene Haushaltssicherungskonzept ist zu überarbeiten und spätestens mit der Vorlage des Haushaltes 2009 einzureichen. Es sind konkrete Maßnahmen darzustellen, mit denen zunächst ein jahresbezogener struktureller Haushaltsausgleich bis spätestens zum Haushaltsjahr 2011 nachgewiesen wird.

Mit der öffentlichen Bekanntgabe des Haushaltes 2008 am 18.08.2008 ist für den Verwaltungshaushalt die haushaltswirtschaftliche Sperre verfügt worden.

Das Haushaltssicherungskonzept wird gleichlaufend mit der Erarbeitung des Haushaltes 2009 präzisiert. Die Umsetzung der Zielstellung wird nicht leicht werden.

Das geforderte Ziel, den Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt um mindestens 3,5 Mio. EUR zu senken, stellt sich in der kurzen Zeit als sehr schwierig, fast unlösbar, dar.

In der Begründung zur Erarbeitung der Nachtragshaushaltssatzung 2008 verweist das Innenministerium noch einmal ausdrücklich auf die 2,2 Mio. EUR Einsparungen in der Jahresrechnung 2007. Danach wäre es möglich, in fast allen Bereichen der Verwaltung Einsparpotentiale freizusetzen.

Diese Gegenüberstellung der Rechnungsergebnisse 2007 und der Auswirkungen auf den Haushalt 2008 wurde Ihnen als Vergleichsmaterial zur Beratung der Nachtragshaushaltssatzung in den Ausschüssen übergeben. Aus diesem Papier geht eindeutig hervor, dass die Einnahme- bzw. Ausgabepositionen, die durch die Verwaltung zu steuern sind, bereits im Ursprungsplan 2008 Berücksichtigung fanden.

Ausgaben, die Gesetzesänderungen unterliegen oder von der wirtschaftlichen bzw. demografischen Entwicklung abhängen, sind schwer planbar. In der Haushaltsdurchführung 2007 kam es auch zu Einnahmeerstattungen, die nicht vorhersehbar waren und einmaligen Charakter haben.

Zusammenfassend muss eingeschätzt werden, dass die Vorgabe der Rechtsaufsichtsbehörde, den Fehlbedarf um 3,5 Mio. EUR zu senken, nicht vollständig umgesetzt werden konnte. Einnahmeerhöhungen und Ausgabereduzierungen sind in Höhe von rund 2,1 Mio. EUR und Verschlechterungen für den Haushalt in Höhe von rund 1,3 Mio. EUR zu verzeichnen.

Die wesentlichen Verbesserungen und Verschlechterungen sind im Vorbericht zum Haushalt noch einmal dargestellt. Dazu zählen vor allem die erhöhten Schlüsselzuweisungen, die der Landkreis über das FAG erhält.

Des Weiteren wurde die Kreisumlage auf den Landesdurchschnitt angehoben. Der Landesdurchschnitt liegt bei 40,6 %.

Mit dem Rückgang der Bedarfsgemeinschaften reduzieren sich auch die Ausgaben für die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU). Weitere Ausgabereduzierungen lassen sich anhand des jetzigen Erfüllungsstandes genauer hochrechnen, so z. B. beim Schullastenausgleich und in der Heimerziehung.

Somit beträgt die Verbesserung des Haushaltes rund 2,1 - 2,2 Mio. EUR.

Leider kommt es auch zu unabweisbaren Ausgaben, die sich aus der jetzigen Ist-Erfüllung ableiten lassen. Mit dem Anstieg der Fallzahlen und dem Nachweis der Anspruchsberechtigung erhöhen sich die Ausgaben für die Grundsicherung. 2005 erhielten durchschnittlich 322 Hilfeempfänger 1.021.500 EUR an Grundsicherung. 2008 werden für durchschnittlich 501 Personen voraussichtlich 1.950.000 EUR fällig. Die Ausgaben sind somit innerhalb dieses kurzen Zeitraumes um fast 100 % gestiegen.

Die Einnahmen bei Verkehrsordnungswidrigkeiten werden nicht erfüllt, die Personalkosten sind nach dem Tarifvertrag anzugleichen und die tatsächliche Ausgleichszahlung beim SGB II aus Vorjahren ist nicht in der geplanten Höhe eingegangen.

Durch die seit Jahren angespannte Finanzlage und die ständig steigenden Fehlbeiträge erhöhen sich auch stets die Kassenkredite, die zur Finanzierung der Ausgaben herangezogen werden müssen. Hinzu kommt auch, dass die Europäische Zentralbank den Leitzinssatz erheblich angehoben hat. Für das Jahr 2008 bedeutet diese Entwicklung eine Erhöhung der Kassenkreditzinsen um 500.000 EUR.

Damit wird das Ergebnis insgesamt wieder um rund 1,2 - 1,3 Mio. EUR verschlechtert.

In der Nachtragshaushaltssatzung 2008 wird noch ein Fehlbedarf von 27,5 Mio. EUR ausgewiesen. Um weitere Konsolidierungswerte zu erreichen, werden mit der Haushaltsplanung 2009 einige Beschlüsse zu überprüfen sein. Es werden auch gesetzliche Pflichtaufgaben dahingehend überprüft, wie diese für weniger Geld umgesetzt werden können. Das Zauberwort „Deregulierung“ hat so sehr noch nicht um sich gegriffen, dass ich sagen könnte, dass Gesetze hier gestrichen worden wären in der Vergangenheit. Das ist in keinem Fall so. Im Gegenteil, wir haben zu zahlen. Wir machen natürlich die Vergleiche mit anderen Landkreisen und prüfen ab, wo ist welcher Landkreis bei bestimmten Leistungen am billigsten und da schauen wir auch, was können wir tun, um das auch hinzubekommen.

Aber wie gesagt, das ist keine Sache von zwei Monaten, das bedarf eines längeren Zeitraumes. Es ist uns hier vorgegeben, dies bis 2011 einzusparen.

Das soll es kurz und knapp im vorweg gewesen sein. Vielen Dank.

### **Herr Raulin**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren Kreistagsmitglieder, werte Gäste,

wenn wir über Geld reden, sind die Mittel und Methoden, aber auch die Herangehensweise, um möglichst viel davon zu bekommen, sehr unterschiedlich.

So ist unserer Fraktion natürlich auch bekannt, dass Geld nicht singen kann, nicht malen kann und auch nicht Sport treiben kann.

Diese Weisheit ist nicht von mir, sondern ich habe sie auf der jüngsten Veranstaltung aus Anlass des 10-jährigen Bestehens der Sparkassenstiftung Uecker-Randow von keinem Geringeren als Herrn Klaus-Friedrich Holtmann, dem geschäftsführenden Präsidenten des ostdeutschen Sparkassenverbandes und Vorstandsvorsitzenden der ostdeutschen Sparkassenstiftung, gehört. Im Übrigen eine sehr gute Veranstal-

tung. Herrn Holtmann sollte man ruhig einmal zu anderen Anlässen einladen. Ich denke, er hat gute Ideen, wie man mit Geld umgehen kann.

Gehört haben wir auch, dass Geld sehr viel tun kann, damit Musik erklingt, Kunst und Kultur für jedermann erlebbar wird und Sport in vielen Variationen vom Kind bis hin zum Senior aktiv betrieben werden kann.

Und genau um dieses Geld geht es uns. Jeder will viel davon erhalten. Die Städte und Gemeinden werden nicht müde, als eine der Geld gebenden Institute an den Landkreis Uecker-Randow auch immer wieder auf den Grundsatz aufmerksam zu machen: wenn ihr uns so viel von unserem Geld wegnehmt – auch wenn das Kreisumlage heißt – können wir die von mir zitierten Aufgaben zum Beispiel nicht oder nur in einem geringeren Maße durchführen.

Deshalb gilt der Grundsatz in den Städten und Gemeinden sowie im Landkreis, mit dem Wenigen – dem Geld – so sittsam wie möglich, so sparsam wie nötig und so zweckmäßig wie möglich umzugehen.

Wenn ich mir die Zusammenstellung des Nachtragshaushaltes 2008 ansehe, hatten wir einen Fehlbedarf von Höhe von 28.516.300 EUR festgestellt. Eine Verbesserung von 981.200 EUR soll den Fehlbedarf auf ca. 27,5 Mio. EUR reduzieren, also eine 3,5-prozentige Verbesserung erreichen.

In der Fraktion hat bei uns besonders die Tatsache Verwunderung hervorgerufen, dass sich diese 981.200 EUR aus einer Erhöhung der Kreisumlage von 608.800 EUR, also rund 62 %, ergeben soll. Dazu kommen 365.300 EUR erhöhte Schlüsselzuweisungen, für die der Landkreis in der Regel ja nichts kann, so dass sich alle Aktivitäten aus unserer Sicht mehr oder weniger auf die Position der Kreisumlage konzentrieren.

Dass es dazu auf der politischen Bühne keinen Beifall gibt, brauche ich nicht gesondert zu betonen.

Nach unseren Informationen hat der Innenminister 3,5 Mio. EUR Einsparung befohlen. Diese sollen sich zusammensetzen aus einem Anteil der Städte und Gemeinden über die Kreisumlage, aus einem Anteil in der Einsparung des Landkreises und einer Anteilsfinanzierung des Landes selbst.

Wie bei allen Veranstaltungen, die wir bisher in dieser Form erleben durften, (beginnen möchte ich mit dem Auftritt des Staatssekretärs Lenz in dieser Sache) sind wir nur hingehalten, als kurzfristig dargestellt worden und eigentlich nie zu einem richtigen Ergebnis gekommen.

Die SPD-Fraktion, das Bürgerbündnis und die CDU-Fraktion haben aus einer Sitzung des Finanzausschusses heraus und kürzlich nochmals die SPD-Fraktion und das Bürgerbündnis mit Duldung und Billigung der anderen Fraktionen Vorschläge unterbreitet, wie aus unserer Sicht mittel- und langfristig eine weitere Verschuldung des Landkreises geregelt werden könnte. Und da kommt es uns nicht darauf an, das möchte ich hier ganz deutlich sagen, hier 5 EUR oder dort 100 EUR wegzunehmen, sondern ich denke, wenn es der Letzte noch nicht mitbekommen hat, es geht um die strukturellen Probleme und so waren auch unsere Anträge gestellt. Und dass diese Anträge mehr wie Arbeit machen und natürlich ein Umdenken und das Schlachten von „heiligen Kühen“ beinhalten, will ich hier auch noch einmal sagen. Die aus unserer Sicht beantworteten bzw. dargestellten Bildungsmöglichkeiten sind sehr wenig heute, der Landrat hatte das gesagt, gab es einen weiteren Nachschub, mal sehen, ob wir daraus etwas machen können.

Wir können doch in unserer weiteren Arbeit nicht nur auf einer Erhöhung der Kreisumlage herumreiten, das war die einhellige Reaktion auch aus der Fraktion. Unverständlich ist mir persönlich auch die Reaktion des Landes dabei, das angeblich taten-

los zusieht, wie der Rest der kommunalen Vertretungskörperschaften ebenfalls handlungsunfähig organisiert wird.

Wenn das kommunale Selbstverwaltung auf einer höheren Basis sein soll, dann „freue“ ich mich jetzt schon auf die zu erwartenden Ergebnisse in der Kommunalwahl, die wir gemeinsam im nächsten Jahr zu bestreiten haben.

Im Auftrag der Fraktion darf ich Ihnen mitteilen, dass die Mehrheit der Fraktionsmitglieder nicht bereit ist, diesem Nachtrag so einseitig zuzustimmen. Wir sind für einen Nachtrag sowie der Forderung einer Gesamtverantwortung nachzukommen und die ist bisher in der Form nicht erfolgt.

Unseren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung im Landkreis sehen wir nach wie vor aus den drei Teilen: Kreisumlage, den Anteil, den die Verwaltung selbst unter Beachtung der Lösung der strukturellen Probleme zu sehen hat und den Anteil, den das Land dazu tun muss.

Wir können uns nach unserer Auffassung nicht in der Öffentlichkeit hinstellen und Frieden und Auskömmlichkeit diskutieren und verkünden. Wir sollten auch handeln, wenn Zeit dafür ist. Jetzt ist diese Zeit, nicht nur den Gemeinden wieder Geld aus den Taschen zu ziehen. Danke.

### **Herr Krins**

Sehr geehrter Herr Kreistagspräsident, sehr geehrter Herr Landrat, werte Mitglieder des Kreistages, sehr geehrte Gäste,

ich kann zu der Rede von Herrn Raulin eigentlich nicht allzu viel dazufügen, weil inhaltlich hat die CDU-Fraktion keine andere Meinung. Gleichwohl werden wir dem Nachtragshaushalt zustimmen, weil wir einen anderen Ansatz zur Problemlösung sehen. Wir halten nichts davon, diesen Nachtragshaushalt in die Ausschüsse zurückzuverweisen und dann auf die Suche nach dem verlorenen Schatz zu gehen. Man wird an dieser Stelle vielleicht 5.000 EUR an jener vielleicht 20.000 EUR finden, das mag sein. Das Problem, was wir haben, ist weit größer. Die Zahlen haben Sie sowohl von Herrn Raulin als auch vom Landrat gehört, deswegen halten wir es für relativen Unfug, damit noch einmal die Verwaltung und die Ausschüsse zu beschäftigen.

Was aus unserer Sicht notwendig ist, ist eine vollkommen neue, eine vielleicht auch unorthodoxe Herangehensweise an einen Haushalt 2009. Und dahingehend sollte sich die Verwaltung befleißigen, vielleicht einmal die alten Denkstrukturen, die in diesem Hause bestehen, aufzubrechen und vielleicht auch die Resignation, die bei dem einen oder anderen Mitarbeiter der Verwaltung schon zu beobachten ist, zu überwinden. Man kann natürlich in Richtung Schwerin rufen und man kann natürlich auch immer wieder die Hand aufhalten bei den Kommunen, das kann man tun. Allein das, glaube ich, wird das Problem nicht lösen. Die Zahlen sind allen Kreistagsmitgliedern bekannt, die prozentual notwendig wären, um einen ausgeglichenen Haushalt darzustellen. Das ist eine vollkommen illusorische Zahl. Es wird hier aus diesem Hause ein Anteil kommen müssen. Und dieser Anteil wird größer sein müssen, als er bisher gewesen ist. Dazu zählen viele Einzeldinge, die man durchleuchten muss. Der Landrat hat vorhin in seinem Bericht und auch im Vorwort zu diesem Tagesordnungspunkt einige Dinge angesprochen. Dazu zählt vielleicht auch eine andere, eine neue Personalpolitik. Und ob das WIBERA-Gutachten wirklich noch so aktuell ist, wage ich zu bezweifeln. So ganz frisch ist es nicht mehr und darüber hinaus tun sich vielleicht auch neue Möglichkeiten, neue Strukturen auf, sei es eine Zusammenarbeit mit Ostvorpommern, sei es vielleicht auch eine Zusammenarbeit mit Mecklenburg-Strelitz. Ich will mich da jetzt gar nicht festlegen und will es auch hier nicht weiter erörtern.

Fakt ist jedenfalls eines: ein weiteres Anhäufen von Schulden wird den Kreis weiter handlungsunfähig machen. Der Kreis ist de facto eigentlich handlungsunfähig. Allein die Zinslasten, wenn Sie sich das in Ruhe vergegenwärtigen, sind nicht mehr hinnehmbar.

Ich will aber auch ein Wort in Richtung Schwerin sagen: Man kann sich jede Polemik sparen, egal wer in Schwerin an der Macht war, die Reden aus diesem Hause bzw. das Wehklagen, anders will ich es nicht betiteln, war immer das gleiche - getan hat sich herzlich wenig.

Ich denke aber, wenn man vielleicht einmal anfängt zu agieren und nicht nur zu reagieren, denn wer agiert kann gestalten, dass man dann vielleicht auch einmal in Schwerin offene Ohren finden wird und vielleicht an der einen oder anderen Stelle, insbesondere hinsichtlich der aufgelaufenen Schulden vielleicht dort etwas erzielen kann. Das wäre ein sehr großer Beitrag, weil das die Zinszahlungen in einem ganz entscheidenden Maße beeinflussen wird und da wieder eine gewisse Handlungsfähigkeit für Investitionen, für freiwillige Aufgaben etc. kommen könnte.

Es geht uns, wie im Übrigen auch der SPD-Fraktion, Herr Raulin hat es gesagt, nicht darum, bei freiwilligen Aufgaben vordergründig hier irgendetwas zu kürzen.

Man muss aber schauen, ob man gewisse Dinge vielleicht nicht anders, effizienter machen kann. Diesen Prozess muss sich die Wirtschaft tagtäglich stellen. Herr Rediske sitzt hier, ich sitze im Beirat der Sparkasse – auch die Sparkasse hat sich dem gestellt. Auch dort sind einschneidende personelle Veränderungen vorgenommen worden in den vergangenen Jahren. Und da war eben auch die Ausrichtung, es wird weitergehen. Und genau dieses Gefühl habe ich nicht. Man verlässt sich hier im Hause auf einen Status quo, den man dann abarbeitet. Was mir fehlt, ist eine Entwicklung. Und diese Entwicklung kann ich leider nicht beobachten.

Ich denke in diesem Sinne, dass wir eben nicht bei den freiwilligen Leistungen jemand etwas wegnehmen wollen, sondern lassen Sie uns vielleicht überlegen, dass man den einen oder anderen Euro, den man dort ausgibt nicht effizienter einsetzen kann und vielleicht dann das gleiche Ergebnis oder vielleicht ein besseres Ergebnis damit befördern kann.

Der Landrat hat es vorhin schon gesagt, und unsere Unterstützung hat er dafür, natürlich kann man darüber nachdenken, ob man nicht mit Ostvorpommern beispielsweise einige Dinge zusammen macht, die man dann effizienter löst. Möglich wäre aber auch, dass man eben das, was das Land zwar angekündigt, aber nicht hinbekommen hat, vielleicht einmal offensiv in diesem Hause und in der Verwaltung diskutiert. Vielleicht eine Funktionalreform derart vornimmt, dass man gewisse Dinge freiwillig auf die Kommunen jetzt schon überträgt. Jetzt haben wir keine gesetzlichen Regelungen dazu. Wir können das alles per Vereinbarung, per öffentlich-rechtlichen Vertrag regeln. Warum müssen wir warten, bis das Land bzw. der Landtag hier etwas vorgibt. Jetzt können wir agieren, jetzt können wir gestalten. Später können wir nur reagieren und umsetzen.

Wir werden dem Nachtrag zustimmen. Aber, das möchte ich deutlich sagen, die Zustimmung sollte nicht dahingehend missverstanden werden, dass wir uns mit der bisherigen Arbeit so einverstanden erklären. Danke.

### **Herr Meistring**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident, liebe Gäste, wir haben zu dieser Thematik schon sehr viele Beratungen durchgeführt, zumal wir diesmal die Chance haben, das meine ich ein wenig zynisch, zweimal zum gleichen Haushalt zu sprechen. Der ordentliche Haushalt ist ja weitestgehend sogar geneh-

migt. In den Beratungen, das habe ich zumindest gespürt, wehte ein schärferer Wind und dort wurde, wie heute auch schon unter anderem davon gesprochen, dass man auch „heilige Kühe“ schlachten sollte. Ich würde mir aber auch wünschen, dass wir dann einmal über diese „heiligen Kühe“ reden. Das sollte mindestens zum Haushalt 2009 eine Rolle spielen.

Ich habe mir in Vorbereitung unserer heutigen Sitzung und insbesondere natürlich zu diesem Tagesordnungspunkt sehr gründlich den Bescheidentwurf des Innenministeriums mit den Entscheidungen zur Haushaltssatzung und zum Nachtragshaushalt angesehen und durchgelesen.

Meine Damen und Herren, mir kam wirklich die Frage in den Kopf, warum gehst du überhaupt noch hin zu diesem Kreistag? Vielleicht ging es anderen ähnlich, vielleicht ist die Teilnahme deshalb nicht so hoch. Was im Bescheid steht, das wissen wir seit Jahren: 28 Mio. EUR Fehlbedarf, der noch dramatisch ansteigen wird, es liegt kein den gesetzlichen Bestimmungen entsprechendes Haushaltssicherungskonzept vor, wir haben den Zeitraum der Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs anzugeben. Das haben wir schon 7 Jahre lang auf die Stulle geschmiert bekommen. Und nun ist es ja nicht so, dass wir auf dem Gebiet der Haushaltskonsolidierung gar nichts getan haben. Ich kann mich auch erinnern, in den letzten Diskussionen zum Haushalt haben wir uns immer ganz fleißig bei der Verwaltung bedankt, das möchte ich an dieser Stelle heute auch tun, denn es wird ja viel Papier beschrieben. Und vielleicht wäre das die erste Sparmöglichkeit, dass man sich dort ein wenig einschränken könnte.

Es wird über andere Dinge diskutiert. Wir haben den Berater des Innenministeriums hier, darüber freuen wir uns alle, er wird in dem Schreiben auch erwähnt. Aber die Drohung des Innenministeriums lautet: Wenn Sie die Forderungen zur Kreisumlage nicht erfüllen, werden Sie künftig mit noch deutlicheren Mindereinnahmen durch das Land aus den Mitteln des FAG rechnen müssen.

Meine Damen und Herren, wo sind wir denn da angekommen? Und vor allem, wo soll das hingehen? Wenn ich lesen muss, es wird angeordnet, dass der Kreistag - das ist nur ein Beispiel – ein Haushaltssicherungskonzept zu beschließen hat, welches dem Innenministerium genehm ist. Ja dann muss ich die Frage stellen, was ist der Kreistag überhaupt?

Ich habe in der Kommunalverfassung nachgelesen und dazu steht: Der Kreistag ist die Vertretung der Bürger und das oberste Willensbildungs- und Beschlussorgan des Landkreises. Und wenn wir es nicht vertreten können, dass wir einen Haushalt beschließen, der genehmigungsfähig ist, dann müssen wir einen Haushalt beschließen, der politisch von uns vertretbar ist. Sonst können wir an die Vergangenheit denken. Da sind die Beschlüsse gefasst und diszipliniert umgesetzt worden. Wo das hingeführt hat, das haben wir alle mehr oder weniger schmerzlich erlebt.

Wir alle wissen doch, dass dieses oben eingeforderte Konzept völlig unrealistisch gewesen wäre. Es wäre wie all die Jahre davor wieder ein Feigenblatt gewesen und wieder so viel Papier mit dem wir nichts hätten anfangen können. Unterm Strich reduziert sich alles wiederum nur auf die Disziplin bei der Einhaltung der Kreisumlage. Wir sagen das ganz klar, wir haben mehrere Gespräche geführt, wir sind als Fraktion weitestgehend mehrheitlich dafür, diesem Nachtragshaushalt zuzustimmen, aber wir sind nicht dafür, dass wir ganz ohne Diskussion uns darauf einlassen, dass wir künftig Jahr für Jahr eine Kreisumlage im Landkreis Uecker-Randow beschließen, die dem Durchschnitt des Landes entspricht. Wir sind in vielen Fällen weit ab vom Durchschnitt, das muss man ganz klar sagen. Und wenn das Land in der Lage ist eine tolle Haushaltskonsolidierung durchzuführen und zu sichern und das fällt uns jetzt auf die Füße, in dem wir hier nämlich Geberland geworden sind in Mecklenburg-

Vorpommern. Ich weiß nicht, wo es da boomt, da muss es ja irgendwo anders richtig boomen in diesem Lande – bei uns nicht. Und wenn die anderen die Kreisumlage dann ständig erhöhen, dann sind wir auch daran gebunden, wenn wir uns jedes Jahr auf solche Forderungen einlassen.

Wir haben in der Fraktion umfassend über den Nachtrag diskutiert. Wir haben gesagt, wir wollen ein Zeichen setzen in Richtung Schwerin, aber wir werden mit der Diskussion des Haushaltes 2009 keine weiteren Streichungen bei freiwilligen Leistungen zulassen.

Meine Damen und Herren, wo soll das noch hinführen? Gucken Sie sich die Investitionszahlen an, die wir tätigen können. Das führt doch schon dahin, dass, wenn wir jetzt über bestimmte Wege, wir haben nachher noch über Vorlagen zu beschließen, ich denke an die Straße Schwennenz – Ladenthin oder an das Deutsch-Polnische Gymnasium, wenn wir für solche Investitionen Mittel einwerben können und dann wird in verantwortungsvollen Kreisen darüber diskutiert, dass wir uns das nicht leisten können. Man kann sich tot sparen wurde gesagt, ja, wie wollen wir denn die Arbeit schaffen? Als Kreis tragen wir dafür auch eine Verantwortung. Wir kriegen damit nicht einmal die Löcher in den Straßen dicht und jetzt wollen wir uns noch weiter einschränken lassen?

Meine Fraktion steht dafür, dass wir auch im nächsten Jahr 2009 einen politisch vertretbaren Haushalt beschließen wollen, der natürlich vielleicht, wenn wir einen Konsens wollen und finden mit dem Land, auch genehmigungsfähig ist.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit.

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

**Der Kreistag möge auf der Grundlage des § 50 Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern die Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Uecker-Randow für das Haushaltsjahr 2008 mit den vorgeschriebenen Bestandteilen und Anlagen beschließen.**

Abstimmung:	dafür:	24
	dagegen:	10
	Enthaltungen:	2

Damit ist die Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 mehrheitlich bestätigt. Die **Beschluss-Nr.** lautet **17/129/08 – 1. Änderung.**

**TOP 12: Förderung des Landkreises Uecker-Randow zum Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“**

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

**Der Kreistag möge die getroffene Dringlichkeitsentscheidung des Kreisausschusses vom 28.08.2008 über die Eckpunkte für die Förderung des Landkreises Uecker-Randow zum Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“ gemäß § 113 Abs. 2 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern genehmigen.**

Abstimmung:	dafür:	31
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	2

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und die Dringlichkeitsentscheidung des Kreisausschusses genehmigt. Der Beschluss erhält die **Beschluss-Nr. 18/132/08.**

**TOP 13: Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse**

Herr Meistring, Frau Zibell und Herr Krins nehmen an der Abstimmung nicht teil.

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

**Der Kreistag möge die Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Uecker-Randow für das Geschäftsjahr 2007 gemäß § 26 Abs. 4 des Sparkassengesetzes Mecklenburg-Vorpommern (SpkG M-V) vom 26. Juli 1994 zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 20.07.2006 (GVObI. M-V S. 576) beschließen.**

Abstimmung:	dafür:	33
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist die Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Uecker-Randow einstimmig bestätigt. Der Beschluss erhält die **Beschluss-Nr. 18/133/08.**

**TOP 14: Sanierung Gymnasium Löcknitz, Gebäude B**

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

**Der Kreistag möge beschließen, die Sanierung des Gebäudes B des Gymnasiums Löcknitz über ein INTERREG-IV-A-Projekt mit dem Landkreis Police zu realisieren und die erforderlichen Mittel in den Haushalt einzustellen.**

Abstimmung:	dafür:	34
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	2

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt. Der Beschluss erhält die **Beschluss-Nr. 18/134/08.**

**TOP 15: Ausbau der Kreisstraße UR 20 zwischen Schwennenz und Ladenthin**

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

**Der Kreistag möge beschließen, die Kreisstraße UR 20 zwischen Schwennenz und Ladenthin in den Jahren 2009 und 2010 im Rahmen eines INTERREG-IV-A-Projektes grundhaft zu sanieren und die dafür notwendigen Mittel in den Haushalt einzustellen.**

Abstimmung:	dafür:	35
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt. Der Beschluss erhält die **Beschluss-Nr. 18/135/08.**

**TOP 16: Wahl eines Wahlleiters zur Kreistagswahl 2009**

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

**Der Kreistag möge Herrn Peter Pilz, Sachbearbeiter Wahlen/Kommunalaufsicht, als Wahlleiter wählen.**

Abstimmung:	dafür:	36
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt. Der Beschluss erhält die **Beschluss-Nr. 18/136/08.**

**TOP 17: Ermächtigung zur Führung von Verkaufsverhandlungen für die Betriebshöfe in Pasewalk und Strasburg der VGU mbH**

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

**Der Kreistag möge nach § 115 Absatz 5, Satz 7 der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V), den Geschäftsführer der VGU mbH zur Führung von Verkaufsverhandlungen für die Betriebshöfe in Pasewalk und Strasburg ermächtigen.**

Abstimmung:	dafür:	35
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt. Der Beschluss erhält die **Beschluss-Nr. 18/137/08**.

**TOP 18: Anfragen der Kreistagsmitglieder**

Von den anwesenden Kreistagsmitgliedern werden keine Anfragen gestellt.

Es sind alle Punkte im öffentlichen Teil der heutigen Sitzung abgearbeitet.

Über die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse wird in der nächsten Sitzung des Kreistages informiert. Sie wird zum **15. Dezember 2008** einberufen.

**Nichtöffentlicher Teil:**

Im **TOP 19** wurde die Beschlussvorlage „**Abschluss eines Verkehrsleistungs- und Finanzierungsvertrages (Verkehrsvertrag)**“ mehrheitlich bestätigt.

Im **TOP 20** wurde die Beschlussvorlage „**Vergabe von Leistungen der gesonderten Schülerbeförderung**“ mehrheitlich bestätigt.

Die Sitzung wird geschlossen.

Dr. Horst Sander  
Kreistagspräsident

Protokollantin

## **Anlage 1**

### **Bericht des Landrates auf der Sitzung des Kreistages am 29.09.2008**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Kreistages, sehr geehrte Gäste,

Herr Raulin unterbreitete nach Abstimmung mit den Fraktionen SPD und Bürgerbündnis in der 38. Sitzung des Kreisausschusses am 28. August 2008 einen Antrag zur Klärung von Aufgabenstellungen zur Haushaltskonsolidierung.

Mit den Ihnen heute zur Verfügung gestellten Unterlagen komme ich dieser Aufforderung nach. Wir würden zur nächsten Kreisausschusssitzung auf diese Dinge wieder eingehen. Ich bitte durchaus um Vorschläge zu den Inhalten, die wir Ihnen aufgeschrieben haben.

### **Durchsetzung Stellenplan 2008**

In der Haushaltsdurchführung 2008 wird, wie bereits in den Vorjahren, der weitere Stellenabbau sowohl in der Kernverwaltung als auch in den nachgeordneten Einrichtungen verfolgt. Ziel ist die Erreichung des von der WIBERA AG ermittelten Einsparpotentials von 67,5 Stellen im Vergleich zum Stellenplan 2006 bzw. 261,18 Planstellen in der Kernverwaltung. Im Stellenplan 2008 sind zur Aufgabenerledigung in der Kernverwaltung noch 268,425 Stellen ausgewiesen.

Der Stellenplan 2008, als eine Anlage des Haushaltsplanes, wurde durch das Innenministerium des Landes mit Auflagen genehmigt.

Es wurden folgenden Auflagen erlassen:

1. Für frei werdende Stellen und Stellenanteile wird für den Zeitraum von einem Jahr eine Wiederbesetzungssperre festgelegt.
2. Die Nachbesetzung freier und frei werdender – einschließlich der mit Altersteilzeitbeschäftigten besetzten – Stellen und Stellenanteile hat nur aus dem vorhandenen Personalbestand zu erfolgen. Die im Ergebnis frei werden den Stellen und Stellenanteile sind in entsprechender Höhe zu streichen. Ausnahmen werden zugelassen, sofern es sich um die Übernahme seitens des Landkreises ausgebildeter Nachwuchskräfte handelt und die Nachbesetzung unbedingt erforderlich ist. Sofern Nachbesetzungen von Stellen besonderer Berufsgruppen aus dem vorhandenen Personalbestand nicht möglich sind, ist die Zustimmung des Innenministeriums zur Neubesetzung einzuholen.
3. Der nächste Stellenplan muss den Vollzug der im laufenden Stellenplan vorhandenen kw-Vermerke als auch den Wegfall der in der Liste zur Aktualisierung des Stellenabbaus im Landkreis Uecker-Randow, Stand 08.11.2007 zum Stellenabbau in 2008 vorgesehenen Stellen dokumentieren. Weiterhin sind kw-Vermerke für die kommenden Haushaltsjahre anzubringen, die die o. g. Auflistung enthält.

4. Durch eine geeignete Aufgabenverteilung sind Höhergruppierungen/-bewertungen zu vermeiden.  
 Sofern Höhergruppierungen/-bewertungen aufgrund von Strukturveränderungen vorgenommen werden sollen, ist die Zustimmung des Innenministeriums einzuholen.

Diese Auflagen sind bereits Bestandteil der jahrelangen personalwirtschaftlichen Maßnahmen des Landkreises und damit Grundlage für das Verwaltungshandeln. Im Rahmen der Erstellung des Nachtragshaushaltes für das Jahr 2008 wurden sowohl personelle als auch organisatorische Veränderungen, die sich bereits in der Haushaltsdurchführung 2008 ergaben, in den Nachtragsstellenplan eingearbeitet. Die wesentlichen Veränderungen seien nachfolgend genannt:

Im Vergleich zum Plan 2008 wurden die Kreisleitstelle und der Rettungsdienst als nachgeordnete Einrichtung dem Fachdienst Öffentliche Ordnung und Sicherheit zugeordnet, bisher waren diese dem Fachbereichsleiter des Fachbereiches 2 direkt unterstellt.

Außerdem wurden die Planstellen des Denkmalschutzes, die bisher im Fachdienst Bauordnung/Genehmigungen angesiedelt waren, dem Fachbereichsleiter Bau, Planung und Kataster direkt zugeordnet. Weiterhin wurden die drei Planstellen des Bereiches Wasser, die bisher dem Fachdienst Umwelt zugeordnet waren, dem Fachdienst Bauordnung/Genehmigungen im Fachbereich 5 zugeordnet.

Durch personalwirtschaftliche Maßnahmen konnten bisher in der Haushaltsdurchführung 0,5 Stellen in der Kernverwaltung und 1,5 Stellen in den nachgeordneten Einrichtungen abgebaut werden. Somit weist der Nachtragsstellenplan insgesamt 350,925 Planstellen aus, das sind 2 Planstellen weniger als im ursprünglichen Plan 2008 (352,925 Stellen).

Für das Haushaltsjahr 2009 und damit für den Stellenplan werden derzeit weitere organisatorische Veränderungen geprüft. Neben dem Abbau von Sachbearbeiterstellen wird auch ein Abbau weiterer Leiterstellen gegenwärtig geprüft. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Leitungsspannen nicht zu groß sind.

Als besonders wichtig wird im Stellenplan 2009 die Einrichtung der Planstelle eines Controllers angesehen.

### **Personalausgaben 2008**

In den Haushaltsplan 2008 wurden Personalausgaben in Höhe von 17.368.600 EUR (Hauptgruppe 4) eingestellt. Bei der Planung wurde von einer gesetzlichen Angleichung der Besoldungen bis einschließlich der Besoldungsgruppe A 9 sowie eine tarifliche Angleichung der Entgelte bis einschließlich der ehemaligen Vergütungsgruppe V b (jetzt Entgeltgruppe 9) auf 100 % des Westniveaus zum 01.01.2008 ausgegangen. Die Berechnung der Personalausgaben für die übrigen Entgeltgruppen erfolgte auf der Basis von 97 % des Westniveaus. Außerdem wurde ein Inflationsausgleich von 2,5 % ab dem 01.01.2008 für alle Entgeltgruppen eingeplant.

Bei der Planung der Personalausgaben für den Nachtragshaushalt 2008 wurden die Ergebnisse der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst vom März 2008 berücksichtigt. Die Tarifverhandlungen ergaben eine Steigerung der Gehälter ab dem 01.04.2008 in Höhe von 3,1 % sowie eine Erhöhung der Tabellenentgelte aller Beschäftigten um 50 EUR. Außerdem erhalten ab dem 01.01.2008 alle Beschäftigten, die in die Entgeltgruppe 9 eingruppiert sind, 100 % der Vergütung West.

Im Ergebnis der Tarifverhandlungen ergab eine Berechnung, dass diese Ergebnisse für den Landkreis eine Erhöhung der Personalausgaben um 269.200 EUR zum Planansatz 2008 bedeuten. Durch personalwirtschaftliche Maßnahmen, wie vorzeitiges Ausscheiden von Mitarbeitern, die Inanspruchnahme von Elternzeit und Altersteilzeit u. a. konnten bisher in der Haushaltsdurchführung Personalausgaben in Höhe von ca. 122.800 EUR eingespart werden. Das führt letztendlich nur zu einer Erhöhung der Personalausgaben in Höhe von 146.400 EUR im Nachtragshaushalt 2008 im Vergleich zum Haushaltsplan 2008.

Bei der Planung der Personalausgaben für das Jahr 2008 wurde sowohl beim Haushaltsplan als auch beim Nachtragshaushaltsplan für die Monate Januar und Februar eine wöchentliche Arbeitszeit von 36 Stunden sowie ab März 2008 eine Erhöhung auf 38 Stunden für alle vollbeschäftigten Arbeitnehmer entsprechend dem bezirklichen Tarifvertrag zu Grunde gelegt.

Im Planansatz sind in der Hauptgruppe 4 neben den Personalausgaben für die Beschäftigten der Kreisverwaltung einschließlich der kostenrechnenden Einrichtungen, wie z. B. der Kreisleitstelle und des Rettungsdienstes, auch die Personalausgaben für die Mitarbeiter des Landkreises in der ARGE, die Ausgaben für die Sitzungsgelder der Abgeordneten sowie die Ausgaben für Honorarkräfte an der Kreismusikschule und an der Kreisvolkshochschule enthalten.

Auf der anderen Seite erhält der Landkreis auch im Haushaltsjahr 2008 Personalausgaben von verschiedenen Einrichtungen wie z. B. der Bundesagentur für Arbeit (ARGE) sowie vom Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen erstattet. Insgesamt wurden Personalkostenerstattungen in Höhe von 3.225.800 EUR eingeplant, so dass letztendlich nur 14.289.200 EUR an Personalausgaben tatsächlich aufzuwenden sind.

### **Haushaltskonsolidierung**

Der Kreistag des Landkreises Uecker-Randow hat, dem Erfordernis der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern entsprechend, am 17. März 2008 die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2009 - 2016 für das Haushaltsjahr 2008 beschlossen. Der Haushaltsausgleich kann hiernach mit dem dargestellten Konsolidierungspotenzial auch im Haushaltsjahr 2016 nicht erreicht werden.

Das Innenministerium M-V hat mir vor diesem Hintergrund eine ergänzende zusätzliche Beratung angeboten. Dieses Angebot habe ich angenommen. Seit Mitte Mai unterstützt Herr Heiko Kärger, Leitender Verwaltungsbeamter des Amtes Neverin, unseren Landkreis.

Das Ziel ist die Erarbeitung eines Handlungskonzeptes zum unterjährigen Haushaltsausgleich bis 2011 und dessen Umsetzung. Das bedeutet eine jährliche Einsparung von rund 7 Mio. EUR.

Die AG Haushaltskonsolidierung hat sich entsprechend des erarbeiteten Maßnahme- und Terminplanes mit den verschiedensten Themen, Aufgaben und deren Finanzierung befasst.

Ausgehend von der Zielerreichung sollen Ausgaben nicht einfach gestrichen werden, sondern die Ressourcen effektiver zum Einsatz kommen. Andere Finanzierungsquellen sollen erschlossen werden.

Die AG hat sich bislang mit folgenden Themen befasst:

- Prüfung der Kosteneffizienz in der Jugendarbeit (eigener Einsatz von Mitteln für die Jugendarbeit von 5,11 EUR/Jugendlichen als Höchstsatz), entsprechend Beschluss des Kreistages finanziert der Landkreis Uecker-Randow 10,00 EUR gegen,
- Darstellung der zu überprüfenden Gebührenkalkulationen,
- Zentraler Einkauf von Sachmitteln auch für nachgeordnete Einrichtungen, wie z.B. Schulen,
- Prüfung der Möglichkeiten der Zusammenlegung verschiedener Aufgabenbereiche mit dem Landkreis OVP,
- Erarbeitung von Haushaltssatzung und Nachtragshaushaltssatzung,
- Zinsmanagement,
- Vorstellung der einzelnen Haushaltsplanteile bezüglich der Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und Aufgaben im Vergleich mit anderen Landkreisen durch die Fachbereichsleiter → daraus wurden Prüfaufträge abgeleitet,
- Darstellung der Entwicklung der Personalausgaben und der Stellen unter Berücksichtigung der Abrechnung des Personalentwicklungskonzeptes des Landkreises Uecker-Randow,
- Modellprogramm Kompetenzagentur Pasewalk und Produktionsschule Rothenklempenow.

Ohne die Erhöhung der Kreisumlage wird es in diesem Prozess nicht möglich sein, den Landkreis Uecker-Randow wieder handlungsfähig zu machen.

Für die Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes müssen jetzt Einsparmöglichkeiten in Euro ausgewiesen werden.

Ich möchte an dieser Stelle um Ihre weitere Mitarbeit in diesem Prozess werben. Am 27.08.2008 fand eine Beratung zur finanzwirtschaftlichen Situation des Landkreises Uecker-Randow im Innenministerium M-V statt. Eine finanzielle Unterstützung in

Form von Fehlbetragszuweisungen und Sonderbedarfszuweisungen wurde zugesagt. Ich gehe davon aus, dass weitere Gespräche erforderlich werden.

### **Kreisstrukturreform**

Am 24. Juni 2008 stellte das Innenministerium M-V Modelle für eine künftige Kreisstruktur vor. Hiernach kommen nach der Bewertung des Innenministeriums ein 6er-Modell und ein 7er-Modell dem Leitbild des Landtages besonders nahe. Die vier kleineren kreisfreien Städte sollen jeweils eingekreist werden.

Die Modelle wurden durch mich mit den Vorsitzenden der Fraktionen des Kreistages und im Kreisausschuss beraten. Eine Befassung des Kreistages Uecker-Randow war durch die Terminierung nicht möglich.

Die übereinstimmende Auffassung der Fraktionen und des Kreisausschusses zu den favorisierten Modellen habe ich Herrn Innenminister Lorenz Caffier mitgeteilt.

Sehr kritisch wurde der Zeitpunkt der Vorstellung der Modelle zur Kreisstrukturreform bewertet, da die Vorstellungen der Gebietskörperschaften zur Umsetzung des Leitbildes bis zum 27. Juni 2008 an das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern eingereicht werden sollten.

Eine wesentliche Voraussetzung für weitere Reformschritte ist die Verknüpfung der Kreisstrukturreform mit einer umfassenden Funktionalreform. Mit einer einseitigen Vergrößerung der Landkreise werden die angestrebten Wirtschaftlichkeitseffekte nicht erreicht. Ein Nachweis für die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit liegt nicht vor. Nachteilig wird sich eine von einer Funktionalreform abgekoppelte Gebietsreform für die Bürgerinnen und Bürger und das kommunale Ehrenamt auswirken.

Auch die Mitgliederversammlung des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern fasste in der vergangenen Woche einen Beschluss zur Verwaltungsreform, den ich Ihnen hier einmal kurz und knapp verlesen möchte. „Der Landkreistag bedauert, dass Einzelinteressen die Umsetzung des Gesamtrahmens und des Leitbildes für eine Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern gefährden. Der Landkreistag erwartet, dass im Interesse einer breit getragenen Lösung Landesregierung und Landtag ihren Ankündigungen Taten folgen lassen und die Vorstellungen der Betroffenen ernsthaft in die weiteren Schritte einbezieht. Die vorliegenden Vorstellungen der Landesregierung sind wegen der bisher fehlenden Verbindung von Kreisstruktur- und Funktionalreform völlig unzureichend, um die beabsichtigten Synergieeffekte und Effektivitätsvorteile zu erreichen. Die Verwaltungsmodernisierung muss alle Ebenen umfassen und kann nicht nur auf die kommunale Ebene beschränkt werden. Eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und damit eines der Hauptziele des Reformansatzes, wird mit den bisherigen Vorschlägen nicht erreicht.

Damit erscheint eine abschließende Bewertung auch solcher vorgegebener Strukturvorschläge unmöglich. Auf der Grundlage der Eckpunkte des Landkreistages vom 11. September 2007 fordert der Landkreistag nach wie vor, dass eine Kreisstrukturreform nur mit einer Funktionalreform einhergehen kann. Sollte im Laufe der Erarbeitung des Gesetzentwurfes deutlich werden, dass keine wesentliche Effizienzrendite erreicht wird und keine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung eintritt, ist wie

auch in Schleswig-Holstein eine Grundlage für eine Kreisstrukturreform in Mecklenburg-Vorpommern nicht gegeben.

### **Arbeit durch Bildung und Innovation (ArBi)**

Für die neue Förderperiode 2007 – 2013 stehen Mecklenburg-Vorpommern aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzielle Mittel im Umfang von ca. 417 Mio. EUR zur Verfügung. Die ESF-Mittel werden mit dem Programm „Arbeit durch Bildung und Innovation“ (ArBi) und seinen 7 Förderinstrumenten umgesetzt.

Wie auch in der vorherigen Förderperiode wirken die Regionalbeiräte in den jeweiligen Planungsregionen intensiv an den Förderentscheidungen mit. Dies betrifft im Handlungsfeld „Wettbewerbsfähige Unternehmen“ die Förderung von Strukturentwicklungsmaßnahmen und regionalen Netzwerken von Unternehmen und wirtschaftsnahen Einrichtungen sowie im Handlungsfeld „Sozialer Zusammenhalt“ die Integrationsprojekte, an denen die Regionalbeiräte an der Projektauswahl beteiligt werden. Als Vertreter des Landkreises Uecker-Randow im Regionalbeirat Vorpommern wurde Herr Dennis Gutgesell, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Landrates, berufen.

Auf der Grundlage des Beschlusses des Kreistages vom 08.10.2007 zum Modellprojekt „Zukunfts-Region Uecker-Randow“ fanden Beratungen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, vertreten durch Herrn Dr. Schmachtenberg und Herrn Weiland, mit der Bundesagentur für Arbeit, Herrn Fock und Herrn Seidel, sowie mit dem Job-Center Uecker-Randow, Herrn Gärtner, statt.

In Vorbereitung dieser Termine besuchte mein 1. Stellvertreter, Herr Gutgesell, die Organisation für Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung Pasewalk GmbH, das Job-Center Uecker-Randow, die Sozialagentur in Ostvorpommern, den Arbeitslosenverband des Landkreises Uecker-Randow und den Bildungsträger STB in Pasewalk, um sich über die alltägliche Arbeit mit betroffenen ALG II-Empfängern zu informieren.

Gemeinsam bildeten die Bundesagentur für Arbeit, das Job-Center Uecker-Randow und der Landkreis Uecker-Randow eine kleine Arbeitsgruppe zur Modifizierung des Modellvorhabens, in der Herr Seidel, Herr Gärtner und Herr Gutgesell tätig sind. Systemkonform sollen nun Arbeitsgelegenheiten mit anderem Inhalt, welche die Persönlichkeitsentwicklung, Stabilisierung und Motivation der Betroffenen stärker in den Fokus rücken, organisiert werden.

### **Fachbereich Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz**

#### **Familienhebammen**

Im September 2008 nahmen 2 Familienhebammen im Rahmen eines Landesprojektes ihre Tätigkeit auf. Sie können neben ihrer Tätigkeit als freiberufliche Hebamme bis zu 4 Stunden wöchentlich im Auftrag des Gesundheitsamtes in Familien mit besonderen Problemlagen eingesetzt werden. Der Einsatz ist bis zur Vollendung des 1. Lebensjahres möglich. Die Familienhebammen wirken im lokalen Netzwerk „Kin-

deswohlgefährdung“ mit. Ein Treffen mit Vertretern des Gesundheitsamtes, Sozialamtes und Jugendamtes hat im September stattgefunden.

### **Aufsuchende Hilfen**

Eine 3. Änderung des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Land Mecklenburg-Vorpommern tritt voraussichtlich im Oktober 2008 in Kraft. Hiermit wird den Gesundheitsämtern die Aufgabe der aufsuchenden Hilfen bei Nichtteilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen im Säuglings- und Kindesalter übertragen. Bisher konnten aufsuchende Hilfen gemäß § 15 ÖGD M-V vom 19. Juni 1994 nur in Ausnahmefällen wahrgenommen werden, da dafür kein Personal vorgehalten wurde. Zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages gem. der 3. Änderung des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst ist der Stellenplan um die Stelle eines Sozialpädagogen im kinder- und jugendärztlichen Dienst (20 Wochen-Stunden) zu erweitern.

Das Sozialhilfefinanzierungsgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern, welches u. a. das Budget 2008/2009 mit einem Verteilerschlüssel festlegt, ist noch nicht beschlossen. In der Konsequenz bekommen wir monatliche Abschlagszahlungen für die notwendigen Sozialhilfeaufwendungen in Werk- und Wohnstätten sowie Heimen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann deshalb keine Aussage getroffen werden, wie der Haushaltsabschluss in der überörtlichen Sozialhilfe aussehen wird.

Die Entwicklung der Kosten der Unterkunft (KdU) sieht wie folgt aus:

August 2007	8114 Bedarfsgemeinschaften	rund 2,0 Mio. EUR Ausgaben
August 2008	7500 Bedarfsgemeinschaften	rund 1,8 Mio. EUR Ausgaben

Bei den Ausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine gegenläufige Tendenz zu verzeichnen.

Ursachen sind hier geringe Renten bzw. fehlende Rentenansprüche.

Während im Jahr 2007 durchschnittlich im Monat 444 Personen Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen erhielten, stieg diese Zahl von Januar 2008 bis Juli 2008 auf durchschnittlich 504 Personen.

Dies führt zwangsläufig zu Mehrausgaben. 2007 waren Ausgaben in Höhe von ca. 1,4 Mio. EUR erforderlich, der Nachtrag 2008 sieht 1,9 Mio. EUR vor.

Im Juni 2008 wurde in Mecklenburg-Vorpommern mit der Impfung gegen die Blauzungenkrankheit begonnen. Allein im Landkreis Uecker-Randow müssen ca. 55.000 Rinder zweimal im Abstand von 21 Tagen geimpft werden.

Dazu kommt noch die einmalige Impfung von 3571 Schafen und 314 Ziegen.

Mit Stand vom 10.09.2008 wurden bei 85 % der Rinder und 95 % der Schafe die Impfungen vorgenommen.

### **Zwischenbericht zum Arbeitsstand des Modellvorhabens, Modellregion Stettiner Haff**

Für das Modellvorhaben Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft – hat die zweite Halbzeit begonnen.

Die Organisationsstrukturen haben sich gefestigt. Mit den handlungsfeldbezogenen Arbeitsgruppen ist jetzt auch der Austausch unter den Projekten eines Handlungsfeldes angelaufen. Durch das stabile und stetig anwachsende Netzwerk von regionalen Akteuren in der Modellregion wurde die Zusammenarbeit der Landkreise in allen Bereichen intensiviert.

Die nächste Sitzung des Regionalkreises ist für den 20. Oktober vorgesehen, ich habe jetzt für die zweite Hälfte die Leitung des Regionalkreises von Frau Dr. Syrbe übernommen.

Hervorzuheben ist die bereits begonnene Arbeit an Nachfolgeprojekten, die die erarbeiteten Handlungsempfehlungen aufgreifen und umsetzen sollen. Hierfür liegen bereits einzelne Projektideen vor.

Angestrebt wird die weitere Unterstützung der Modellregion durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und das Land M-V.

Insgesamt sind derzeit 20 Projekte in der Modellregion, verteilt auf 6 Handlungsfelder, für eine Umsetzung vorgesehen. Davon laufen 15 Projekte, 2 Projekte sind abgeschlossen und für 3 Projekte läuft das Ausschreibungsverfahren.

Die Demografie-Konvente bringen die beiden Modellregionen zusammen, es werden insgesamt 3 Konvente veranstaltet, jeweils einer in jeder Modellregion und ein Abschluss-Konvent in Berlin. Die Organisation erfolgt durch die Projektassistenz.

Der 2. Demografie-Konvent wird am 6. November in Heringsdorf stattfinden und der Abschluss-Demografie-Konvent dann Mitte 2009 in Berlin. Darüber hinaus fanden Demografie-Workshops und Bürgerwerkstatt-Veranstaltungen statt.

Am 25.04.2008 wurde die Region Herrn Wolfgang Tiefensee - Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Herrn Dr. Otto Ebnet - Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung MV - vorgestellt. Es wurden Einzelprojekte in Pasewalk, Torgelow und Eggesin besucht, wobei das Hauptaugenmerk im Kontakt mit regionalen Akteuren und Projektbearbeitern lag.

Fachtagungen, wie „Jugendsozialarbeit im ländlichen Raum ist anders“, fanden hier in Pasewalk vom 16. bis 17.09.2008 in Pasewalk statt. Die Fachtagung zum Thema „Übergangsmanagement Schule – Berufsleben“ findet am 1. Oktober in Greifswald statt, die Kinder- und Jugendkonferenz in Torgelow am 28./29. November 2008 schließt sich an. Sie ist als Höhepunkt der Arbeit im Projekt „RESPEKT für Jugendliche“ zu sehen und orientiert sich ausschließlich an den Themen, die die Jugendlichen in der Modellregion bewegen und wird hauptsächlich für und mit den Jugendlichen der Region organisiert.

Sie sehen, alles was Modellcharakter trägt, da ist Uecker-Randow mit vertreten. Ich denke und hoffe, dass dies nicht umsonst ist. Wir setzen gerade auf die Zusammenarbeit mit dem Ministerium in Berlin. Wir gehen davon aus, dass diese Sache nicht in zwei Jahren beendet sein wird. Es ist auch bereits von Herrn Minister Tiefensee signalisiert worden, dass weitere Mittel fließen werden.

Das soll es für heute gewesen sein. Sie sehen, dass die Zeit von der letzten Kreistagssitzung bis heute hier nicht verschlafen worden ist. Wir haben einiges angeschoben, einiges wurde auch bereits umgesetzt. Sie sehen mit der Thematik des heutigen Tages, es ist noch viel zu tun – packen wir es an. Danke.

## Anlage 2

### Bericht der Vorsitzenden des Kreissenorenbeirates, Frau Margot Engelke

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kreistagsmitglieder, sehr geehrte Gäste,

als Vorsitzende des Kreissenorenbeirates in unserem Landkreis Uecker-Randow gebe ich Ihnen einen Bericht über unsere Tätigkeit in den vergangenen Jahren.

Zuerst möchte ich Ihnen die Mitglieder des Beirates vorstellen: Herr Friedbert Grams aus Ueckermünde und Frau Lydia Wittkopf aus Pasewalk sind meine Stellvertreter. Weiter gehören zu uns: Herr Herbert Haack aus Torgelow, Herr Günter Kuhnt aus Strasburg, Frau Angelika Post aus Ueckermünde, Frau Brigitte Reinke, Frau Heidi Stinnes und Frau Wohlgemuth aus Pasewalk.

Zunächst zur Stellung des Seniorenbeirates: Der Seniorenbeirat zeichnet sich dadurch aus, dass er ein parteipolitisch und konfessionell unabhängiges Organ der Seniorinnen und Senioren ist. Seine Arbeit ist ehrenamtlich und getragen vom Geist der gegenseitigen Achtung, der Respektierung unterschiedlicher Anschaffungen im Rahmen des Grundgesetzes und des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates, der Toleranz und der Integration der verschiedenen Gruppen älterer Menschen.

Zu unseren Aufgaben: Wir wollen durch enge Zusammenarbeit mit den politisch Verantwortlichen und allen mit Fragen der Altenarbeit befassten Organisationen und den Medien die Probleme der älteren Menschen darstellen und an ihrer Lösung mitarbeiten. Dabei möchten wir erreichen, dass sich unsere Seniorinnen und Senioren in unserem Uecker-Randow-Kreis wohl fühlen, in Würde älter werden können, ihre Lebensleistungen anerkannt werden, sie ihr Wissen und Können und ihre Erfahrungen einbringen und so das vertrauensvolle Miteinander der Generationen fördern.

Zum demografischen Wandel: In unserem Landkreis leben zurzeit 44 % Bürgerinnen und Bürger, die älter als 50 Jahre sind. Damit zählen wir zu den Ältesten in der Bundesrepublik. Unsere Städte und Gemeinden, in denen sich der demografische Wandel vollzieht, müssen sich auf die Veränderungen einstellen und gemeinsam mit der Wirtschaft die Infrastruktur so entwickeln, dass sie in allen Bereichen zukunftsfähig ist. Dies ist wahrlich keine leichte Aufgabe, aber ich möchte betonen, dass sich auch die Mitglieder unseres Seniorenbeirates dieser Aufgabe gerne stellen und in verschiedenen Bereichen zurzeit mitarbeiten. Ich möchte nur einige nennen. Zum Beispiel:

- das Modell Demografischer Wandel - Modellregion Stettiner Haff,
- Region schafft Zukunft,
- Niederschwellige, professionelle und ehrenamtliche Angebote im Vorfeld der Leistungen der Pflegekasse,
- Mehrgenerationenhaus,
- Lokales Bündnis für Familie.

Ich meine, dass wir in unserem Kreis bereits auf einem guten Wege sind, denn unser Landrat, Herr Dr. Volker Böhning, sagt in seinem Grußwort zu unserer Broschüre „Älter werden im Uecker-Randow-Kreis“ Folgendes:

„Ich selbst kann - als nicht mehr ganz junger Mann - feststellen, dass in unserer Gesellschaft lange Zeit Senioren kaum mehr im Mittelpunkt des Interesses standen. Jung, dynamisch und leistungsorientiert hatte man als Mensch zu sein – nach Möglichkeit auch noch nett anzusehen. Ich glaube, dass sich bei dieser sehr einseitigen Betrachtungsweise in unserem Land derzeit ein Wandel vollzieht. Man kommt nämlich allein mit dem Wahn der scheinbar ewigen Jugend, mit dem Streben nach immer größerer persönlicher Leistung und der durch galoppierende Technisierung fortschreitende Entfremdung der Menschen von ihrer Umgebung nicht wirklich weiter. Es deutet sich an, dass unsere Zeitgenossen die Sackgasse zunehmend auch als solche erkennen. Älterwerden wird wieder verbunden mit einem Reichtum an Erfahrungen. Senioren sind im Verein geschätzte Ratgeber. Rentnerinnen und Rentner werden zu Geschichtsprojekten als Zeitzeugen in Schulen eingeladen. Ich denke, dass sich – wie diese Beispiele zeigen – langsam aber sicher die Erkenntnis Bahn bricht, dass Menschen aller Altersstufen voneinander profitieren können. Eine künstliche Trennung durch schon fast krankhafte Beschwörung körperlicher Leistungsfähigkeit und Jugend, von unnatürlichen Schönheitsidealen und das Negieren des Alters stärkt unsere Gesellschaft nicht etwa, sondern führt zu einer Schwächung.“

Soweit und so treffend die Aussagen unseres Landrates Dr. Böhning. Deshalb ist es auch kein Zufall, dass unser Kreis im vorigen Jahr beim Landeswettbewerb „Seniorenfreundlichste Kommune des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ so erfolgreich abgeschnitten hat.

Die Stadt Strasburg belegte den ersten Platz in der Kategorie zwei, das sind Städte und Gemeinden von 1001 bis 10.000 Einwohner und die Stadt Ueckermünde den dritten Platz in der Kategorie drei, das sind alle Städte über 10.000 Einwohner.

Damit waren wir der erfolgreichste Kreis in unserem Land und haben uns sehr gefreut.

Brauchen wir Seniorenbeiräte? Diese Frage haben sich einige Kommunen in unserem Kreis gestellt, zumal die Existenz und die Bildung eines Beirates nicht als Pflichtaufgabe in der Kommunalverfassung festgelegt sind. Die bestehenden Beiräte in Pasewalk, Strasburg, Torgelow, Eggesin und Ueckermünde haben aber bewiesen, dass sie zu einem wichtigen Partner der kommunalen Entscheidungsträger bei der Gestaltung von attraktiven Lebensbedingungen für die älteren Bürger geworden sind. Wir mischen uns ein, wenn es um die Interessen und Bedürfnisse der älteren Menschen bei der Ausgestaltung der Seniorenpolitik geht. Wir ermuntern dazu, das Wissen und Können und die Erfahrungen älterer Menschen für die gegenwärtigen und auch zukünftigen Aufgaben und Herausforderungen verstärkt zu nutzen, denn wir wissen, dass jede Gesellschaft nur so gut funktioniert, wie sich jeder einbringt. Durch die höhere Lebenserwartung ist der nachberufliche Lebensabschnitt deutlich länger als früher. Dadurch sind gute Voraussetzungen gegeben für ein bürgerschaftliches Engagement in unserer Gesellschaft. Die ehrenamtliche Mitarbeit in unseren Seniorenbeiräten ist jedem Interessierten möglich. Wenn sich viele Menschen engagieren, dann wird das Leben in unseren Städten und Gemeinden umso reicher werden. Und darauf freuen wir uns.

Einiges aus unserer Tätigkeit der vergangenen Jahre:

Mit unserem Thema „Erfahrungen im Zusammenleben und im gemeinsamen Wirken der Generationen in den Städten und Gemeinden unseres Kreises“ sind wir zeitnah und wollen das Auseinanderdriften der Generationen verhindern helfen.

Wir gehen zu den Menschen in die Städte und Gemeinden. Wir waren bereits in allen Alten- und Pflegeheimen unseres Kreises mindestens einmal. Wir besuchten die Grundschulen in Ahlbeck, Penkun, Ferdinandshof und Jatznick, Regionale Schulen in Ueckermünde und Eggesin, die Sonderschule in Ferdinandshof, die Gymnasien in Löcknitz, Pasewalk, Ueckermünde und die Kunstschule in Eggesin. Hinzu kommen die Kindergärten in Ahlbeck, Löcknitz, Ferdinandshof, Torgelow, Eggesin, Penkun und Ueckermünde. Wir besuchten betreutes Wohnen in Löcknitz, Penkun, Torgelow und Pasewalk, das Mehrgenerationenhaus und einen Schulhort in Torgelow.

Unsere Einsätze führen wir stets ganztägig durch, erhalten dabei Informationen und Hinweise, sammeln Erfahrungen und versuchen, soweit es uns möglich ist, zu unterstützen. Dabei begleiten uns Mitarbeiter der Presse, die mit ihren ausführlichen Berichten dafür sorgen, dass unsere ehrenamtliche Tätigkeit in der Öffentlichkeit bekannt wird. Das hilft uns sehr und dafür bedanken wir uns bei den Redakteuren in Pasewalk und in Ueckermünde.

An unseren Einsätzen nehmen die Mitglieder des Kreissenioresenbeirates und die Vorsitzenden der örtlichen Seniorenbeiräte teil. Ich möchte Ihnen die Vorsitzenden der örtlichen Seniorenbeiräte vorstellen: Pasewalk – Frau Lydia Wittkopf, Ueckermünde – Herr Manfred Quägger, Torgelow – Herr Peter Reisig, Strasburg – Herr Hugo Krüger und Eggesin – Frau Ursula Busch.

Die Vorbereitungen dafür erfolgen in den Vorstandssitzungen. Rechtzeitig werden die Bürgermeister und Leiter der Einrichtungen, die wir aufsuchen wollen, über unser Kommen informiert und ich kann voller Freude berichten, dass wir bisher ausnahmslos mit offenen Armen empfangen wurden und jede mögliche Unterstützung erhielten. Auch dafür heute unser großes Dankeschön.

Unsere operativen Einsätze sind keine Spaziergänge, sondern anstrengende Arbeit. Da kommen wir locker auf zehn Stunden. Am Ende so eines Tages sind wir zwar körperlich erschöpft, aber zufrieden und glücklich, denn wir haben jeweils verschiedene Einrichtungen kennengelernt, konnten die Arbeit der Beschäftigten loben, häufig auch noch Hinweise geben, voneinander lernen und weitere Einblicke in das Leben und Wirken der Generationen in unserem Kreis gewinnen. Wir nutzen den Tag maximal aus.

An zwei Beispielen möchte ich das einmal zeigen: In Löcknitz besuchten wir das deutsch-polnische Gymnasium, einen Kindergarten, das betreute Wohnen und die Kirche.

In Penkun waren wir im Heim „Abendsonne“, im Kindergarten, im betreuten Wohnen und in der Grundschule. Bevor wir in die Einrichtungen gehen, führen wir eine zwei-stündige Beratung mit dem Bürgermeister und den Leitern durch und bekommen wertvolle Informationen.

In Löcknitz kam der Pfarrer Dr. Drans wegen Bauarbeiten zu spät zu unserer Sitzung. Ich begrüßte ihn dann mit den Worten: „Gott sei Dank, dass Sie noch gekommen sind.“ Darauf erwiderte er fröhlich: „Also auf dieser Basis werden wir gut zusammenarbeiten können“. Das geschah auch und der Lohn war für uns Orgelmusik in der Kirche, gespielt vom Pfarrer Dr. Drans.

Zu Beginn unserer Tätigkeit waren wir in Arbeitsgruppen unterwegs in den Orten, aber das Interesse jedes Einzelnen war so groß, dass wir jetzt in alle Einrichtungen gemeinsam gehen.

Ergänzend möchte ich noch erwähnen, dass wir für alle Seniorinnen und Senioren am 15. November 2005 im Haus an der Schleuse in Torgelow eine Großveranstaltung zum Thema „Älter werden im Uecker-Randow-Kreis“ durchgeführt haben, am 19. Oktober 2006 in der Pommernmühle in Ueckermünde zum Thema „Alter als

Chance“ und am 19. März dieses Jahres im Historischen U in Pasewalk lautete unser Thema „Gesund und fit älter werden in unserem Landkreis Uecker-Randow“. Wir hatten jeweils 170 bis 180 Besucher.

In diesem Jahr werden wir am 19. November in das Kulturhaus nach Strasburg zum Thema „Meine Patientenrechte“ einladen.

Im Namen des Kreissenorenbeirates möchte ich mich für die Unterstützung unserer ehrenamtlichen Tätigkeit bei unserem Landrat Herrn Dr. Böhning, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, besonders bei Frau Buse und Frau Grimm, bei allen Bürgermeistern, in deren Städten und Gemeinden wir waren, sehr herzlich bedanken und wissen lassen, dass das Glas auch bei uns immer halb voll ist!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.